

Vorlage	Pro-Wahlaltersenkung	Contra-Wahlaltersenkung
<p>Dr. Klaus Hurrelmann Hertie School of Governance GmbH</p>	<ul style="list-style-type: none"> - „Inzwischen hat sich [...] eine Situation ergeben, die eine erneute Absenkung des Mindestwahlalters sinnvoll macht“ (S.1 letzter Absatz) - „ Es ist nicht nachvollziehbar warum Jugendlichen unter 18 Jahren dieses wichtige Grundrecht vorenthalten wird.“ (S.2, 2. Abs.) 	
<p>Dr. Stephan Eisel Konrad-Adenauer- Stiftung</p>		<ul style="list-style-type: none"> - „Es ist der Bedeutung der Grundlage des Wahlrechts nicht angemessen, je nach verändertem Wahlergebnis in parteipolitischer Kontroverse auch die Spielregeln zur Wahl zu ändern.“ (S.3 mittig) - „Durchgängig alle (Ergänzung: hier ausgewählten) Umfragen belegen, dass die betroffenen Jugendlichen eine Absenkung des Wahlalters unter die Volljährigkeit mehrheitlich ablehnen.“ (S.9 mittig)
<p>Ruben Eick Deutschen Gewerkschaftsbundes - Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen- Anhalt</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die Absenkung des Wahlalters aus 16 Jahre ist „ein wichtiger Beitrag, um die politische Beteiligung Jugendlicher zu verbessern und ihnen im wahrsten Sinne des Wortes eine Stimme zu verleihen.“ (S.1, Abs.1) - „Nur durch aktive Teilnahme an demokratischen Prozessen wird Demokratie erfahrbar.“ (S.1,Abs.2) 	<ul style="list-style-type: none"> - Eine Änderung des Wahlalters reiche nicht aus, „um Jugendliche im Sinne einer Demokratie nachhaltig zu beteiligen.“ ➔ „Jugendgerechte Beteiligungsformen müssen erprobt und ausgebaut werden, um politische Prozesse transparenter zu gestalten.“ (S.1 letzter Abs. + S.2 erster Abs.)
<p>Dr. van Nieuwland Niedersächsischen Staatsgerichtshofs</p>	<ul style="list-style-type: none"> - „Das Wahlrecht als subjektives öffentliches Recht ist vielmehr das Recht jedes einzelnen Bürgers.“ (S.2 mittig) 	
<p>Prof. Dr. Robert Vehrkamp und Dr. Niklas im Winkel Bertelsmann Stiftung</p>	<ul style="list-style-type: none"> - „Die Absenkung des Wahlalters ist ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung und langfristigen Steigerung der Gesamtwahlbeteiligung“ (S.1, Abs.2) ➔ Hohe Bedeutung der Erstwählerbeteiligung, „Die erste 	

	<p>Wahl ist wegweisend für die Wahrscheinlichkeit, mit der Bürger in ihrem weiteren Leben zur Wahl gehen“ (S.1 Abs.2)</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Simulationsberechnungen zeigen, dass alleine ein Anstieg der Wahlbeteiligung in der jüngsten Altersgruppe um nur ein Drittel, die Gesamtwahlbeteiligung langfristig wieder auf knapp 80 Prozent erhöhen würde.“ (S.1 Abs. 2) - „Durch aktives Wahlrecht gewinnt politisches Wissen für Jugendliche an Relevanz und der Stellenwert politischer Bildung nimmt zu.“ (S.3 Abs.3) - Wahlbeteiligung junger Wähler“ unterdurchschnittlich und sozial stark selektiv“ (S.3 Abs.1) - -> Chance auf politische Integration (Forderung nach Beleitprojekten an Schulen mit dem Themenfeld politische Bildung) 	
Landesjugendring	<ul style="list-style-type: none"> - „Junge Menschen haben ein großes Interesse daran, ihr Lebensumfeld aktiv mitzugestalten und wollen sich engagieren“ (S.1 Abs.4) - Aktuelle Shell-Jugendstudie: 41% der jungen Menschen Interesse an Politik (2002 nur 30%) (vgl. S.1 Abs.5) - Jugendliche fühlen sich schlecht eingebunden, zu wenig Beteiligungsmöglichkeiten (vgl S.2 Abs.4 Statistiken) - Selbe Argumentation wie Bertelsmann Stiftung (Erstwähler, politische Integration) - Stichwort: Generationengerechtigkeit, durchschnittlicher Wähler wird immer älter, Interessen der jüngeren müssten auch vertreten werden (vgl. S.6) - Entwicklungspsychologische Belege für die Reife zur Wahl mit 16 (S.7) 	<ul style="list-style-type: none"> - „Die Erfahrungen mit „Wählen ab 16“ in Österreich und in drei deutschen Bundesländern zeigen aber auch: „Wählen ab 16“ ist kein Selbstläufer, sondern bedarf einer aktiven Begleitung in den Schulen, in den Meiden und im sozialen Umfeld der Erstwähler.“ (vgl. S.5. Abs.2)

<p>Westfälische Wilhelms-Universität Münster – Institut für Politikwissenschaften Prof. Dr. Dr. h.c. Wichard Woyk</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Grafik S.3: Interesse der 16- und 17-Jährigen (an Politik) vor und nach der Senkung des Wahlalters in Österreich 2017 (ist gestiegen) - Badenwürttembergische Landesregierung 2012: „Kinder- und Jugendpolitik darf nicht nur Politik für junge Menschen sein, sie muss stets auch Politik mit jungen Menschen sein.[...]“ (Rest auch interessant, S.3-4, Punkt 2.2, u.A. Antrag von CDU) - „Insgesamt sprechen deutliche mehr Gründe für eine Absenkung des Wahlalters [...]. Um aber [...] eine langfristige Steigerung der Wahlbeteiligung zu erreichen, müssen parallel zur Wahlrechtsabsenkung entsprechende Begleitmaßnahmen in der politischen Bildung durchgeführt werden.“ - (fast deckungsgleiche Argumentation wie Bertelsmann Stiftung und Landesjugendring) 	
<p>Deutsches Kinderhilfswerk e.V.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Fordern Senkung des Wahlgrenzalters auf allen Ebenen (Europa, Bund, Länder) auf zunächst 16 und im zweiten Schritt auf 14 Jahre. - „Die klarste Form der politischen Partizipation ist die Teilnahme an Wahlen“ – Bericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an die Kommission der Europäischen Union zur Partizipation von Jugendlichen im Jahre 2005 - „Schließlich ist das Wahlrecht eine der tragenden Säulen unserer Demokratie“ - Jugendliche die sich beteiligen, sind auch als Erwachsene wahrscheinlicher sozial und politisch engagiert (vgl. Studie „Vita gesellschaftliche Engagements“ S.2 Abs. 5) - „Artikel 4a der Verfassung des Landes Niedersachsen betont das Recht der Kinder und Jugendlichen auf Achtung ihrer 	

	<p>Würde -> beinhaltet auch das Recht, sich durch demokratische Teilhabe der Fremdbestimmung durch einen abstrakten Gesetzgeber zu entziehen“</p> <ul style="list-style-type: none"> - UN-Kinderrechtskonvention Artikel 22 Absatz 1 : „Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“ - „Bei der Diskussion hinsichtlich der Volljährigkeit wird nach Ansicht der Deutschen Kinderhilfswerkes eine unzulässige Verknüpfung zwischen einem Menschenrecht und einer Schutzvorschrift hergestellt“ - -> Volljährigkeit ist Altersgrenze, an der die unbeschränkte Geschäftsfähigkeit des bürgerlichen Rechts anknüpft => vor dem Eintritt in die Volljährigkeit sollen junge Menschen vor negativen Folgen ihres eigenen Handelns geschützt werden, in dem die Rechtsordnung nur die rechtlich vorteilhaften Konsequenzen ihres Handelns gelten lässt. Negative Folgen des eigenen Handelns können bei der Ausübung des Wahlrechts jedoch nicht angenommen werden, denn Wahlen zählen zu den großen Massenentscheidungen einer Demokratie.“ 	
<p>Herr Prof. Dr. Wolfgang Schröder - Institut für Sozial- und Organisationspädagogik bei der Stiftung Universität Hildesheim</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die politische Beteiligung von Jugendlichen braucht einen „Ernstcharakter“ wie im Gesetzesvorschlag gefordert -> geht aus der Partizipationsforschung hervor - „Soweit ist [...] der Gesetzentwurf ein jugendpolitischer Schritt, der [...] von Jugendlichen begrüßt wird, aber auch durch ein grundlegendes Konzept der politischen Jugendbildung in Niedersachsen gerahmt werden sollte. Nur so kann die damit einhergehende Demokratieerziehung 	

	<p>erreicht werden.“</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Insgesamt ist mir aus der Jugendforschung und Entwicklungspsychologie keine Studie bekannt, die fundiert belegen könnte, dass junge Menschen mit 16 Jahren diese Verantwortung nicht übernehmen können.“ 	
<p>Stellungnahme der Frau Prof. Dr. Leonie Wagner - Fakultät Management - Soziale Arbeit - Bauen an der HAWK - Hochschule Hildesheim - Holzminden – Göttingen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Politisches Interesse steigt mit zunehmender Bildung (Studie, Jan Kercher 2012) - „Damit wird den Veränderungen in der demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung ebenso wie den Veränderungen in der Jugendphase Rechnung getragen und insgesamt Jugendlichen Partizipationsrechte eingeräumt, die der Weiterentwicklung von Demokratie als Lebensform zuträglich erscheinen.“ (S.5) 	
<p>Stellungnahme des Herrn Prof. Dr. Lutz Finkeldey - Fakultät Management - Soziale Arbeit - Bauen an der HAWK - Hochschule Hildesheim - Holzminden - Göttingen, Hildesheim</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Verstärkte Individualisierung - Ich Anteile der Sozialisation beginnen für Kinder und Jugendliche früher - „Sie sind „Beings“ und nicht „Becomings“, Im Sein steckt immer das werdende“ -> Verantwortung (S.7) - „Eine frühere Einbindung durch Wahlen könnte aktivierend wirken“ -> politisches Interesse (S.7) - „Kontinuität in der Politik ist wichtig, doch ein politischer Blick auf das gelebte Interesse Jüngerer, die heute durch gesellschaftlichen Wandel deutlich weiter sind als ihre Eltern und Großeltern in ihrer Jugend, eröffnet mehr gesellschaftliche Breite.“ (s.7) 	<ul style="list-style-type: none"> - „Nur aufgrund sozialer Marginalisierung von Kindern, die sie sozial vererbt bekommen (haben), könnte das Wahlalter mit 16 heikel sein.“ (S.7)